
873/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 23.09.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Finanzierung für die mittel- bis langfristige Erforschung der psychosozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gesellschaft

Die COVID-19-Pandemie und ihre massiven Auswirkungen auf unseren Alltag führen uns die Relevanz von Forschung und Wissenschaft für unsere Gesellschaft eindrücklich vor Augen. Wir erleben derzeit, wie sich ein neuartiges pathogenes Virus in rasantem Tempo international verbreitet, gegen das es zum derzeitigen Stand weder wirksame Therapien noch Schutzimpfungen gibt. Um noch dramatischere negative Effekte auf die Gesundheit der Bürger_innen zu verhindern, setzen eine Vielzahl an Staaten Maßnahmen, um das Infektionsgeschehen möglichst rasch und nachhaltig einzudämmen - mit einer Wirtschaftskrise, deren tatsächliches Ausmaß sich noch nicht in vollem Umfang abschätzen lässt, als Folge.

Mit Stand August 2020 waren in Österreich 422.910 Personen arbeitslos, das entspricht einer Quote von 9 Prozent und einer Zunahme von 27,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Österreichische Schulen wurden geschlossen, der Unterricht mittels e-Learning in oft verminderter Qualität fortgeführt. Diese plötzlichen und teils drastischen Veränderungen der Lebensumstände, die so gut wie jede in Österreich lebende Person betreffen, haben selbstverständlich Folgen für psychische und physische Gesundheit, Ausbildung, Lebensqualität und soziales Gefüge. Hinzu kommt noch die besonders große psychische Belastung für Personen, die zu einer Risikogruppe zählen.

Insbesondere in Krisenzeiten muss evidenzbasiert gehandelt werden. Ausreichende Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sind daher für uns alle essenziell. Der (finanzielle) Fokus auf die biomedizinische Forschung, der wir nach nur neun Monaten bereits mehr als 300 Impfstoffkandidaten verdanken, ist selbstverständlich nachvollziehbar. Die Politik muss jedoch dafür Sorge tragen, dass für die Erforschung der psychosozialen Auswirkungen der Pandemie auf die Gesellschaft ebenfalls ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Die Arbeitsgruppe Gesellschaft/Psychosoziales der COVID-19 Future Operations Plattform ermittelte in einem Strategiepapier jene Themenfelder, in denen künftig weitere evidenzbasierte Aktivitäten gesetzt werden sollten. Insbesondere die Themenbereiche Arbeitswelt, Bildung sowie Lebensqualität und vulnerable Gruppen wurden von der Arbeitsgruppe als besonders interessant beschrieben. Eine Entwicklung einer umfassenden Panelstudie mit diesen Schwerpunktsetzungen und mittel- bzw. langfristi-

gem Zeithorizont wäre wünschenswert, denn Panelstudien dieser Art fehlten in Österreich weitgehend. Um solche Third Mission orientierten Studien mit langfristigem Zeithorizont zu ermöglichen, bedürfe es laut den Autor_innen allerdings einiger Anpassungen im Forschungsförderungssystem.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAUSSCHUSSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, sowie die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Innovation und Technologie, werden aufgefordert, mit den Forschungsförderungseinrichtungen in einen Dialog zu treten und eine ausreichende Finanzierung für die mittel- bis langfristige Erforschung der psychosozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Förderprogramme sollen insbesondere für jene mittel- bis langfristigen Studien geschaffen werden, die sich mit den Auswirkungen der Pandemie auf Arbeitswelt, Bildung und Lebensqualität beschäftigen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Forschungsausschuss vorgeschlagen.